

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Dr. Stefan Ebner

Abg. Dr. Harald Schwartz

Abg. Daniel Halemba

Abg. Toni Schuberl

Abg. Tobias Beck

Abg. Martin Huber

Abg. Gülseren Demirel

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martina Fehlnner

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Eingabe

Einwände gegen die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft in der Gemarkung Leiblfling EB.0370.19

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich in seiner 18. Sitzung am 4. Dezember 2024 mit der Eingabe befasst und beschlossen, diese gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären und der Petentin die Stellungnahme der Staatsregierung zu übersenden.

Die AfD-Fraktion hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen und über die Entscheidung des Ausschusses in der Vollversammlung zu beraten und zu beschließen.

Zur Berichterstattung erteile ich nun zunächst das Wort an Herrn Kollegen Dr. Stefan Ebner.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, verehrte Besucher auf der Tribüne! Wir beschäftigen uns heute mit der Petition 0370.19. Im Nachgang der Sitzung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden vom 4. Dezember 2024 hat die AfD-Fraktion fristgerecht gemäß Artikel 5 Absatz 2 Bayerisches Petitionsgesetz die Beratung und Abstimmung über die genannte Petition durch das Plenum beantragt. Mir fällt die Aufgabe der Berichterstattung zu, die ich bereits im Ausschuss hatte.

Die Petition beinhaltet den Einwand gegen die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft auf der Flurnummer 54/1, Gemarkung Leiblfling im Landkreis Straubing-Bogen, Niederbayern. Eingereicht wurde die Petition am 1. September 2024. Die Petentin ist Frau

Gabriele Müller aus der Gemeinde Leiblufing. Der Petition liegen 1.003 Unterschriften zugrunde.

In der Gemeinde Leiblufing existiert bereits ein Übergangwohnheim, das aktuell circa 50 Personen beherbergt. Das Gebäude ist im Besitz einer Privatperson, die dieses an die Regierung von Niederbayern vermietet. Neben diesem Gebäude soll nun ein neues Gebäude errichtet werden. Beide Gebäude zusammen sollen dann zu einer Gemeinschaftsunterkunft mit insgesamt 75 Personen umgewidmet werden, also 25 mehr als aktuell.

Die Baugenehmigung wurde am 29. September 2024 durch das Landratsamt Straubing-Bogen erteilt. Bezüglich der Unterkunft von Flüchtlingen liegt der aktuelle Erfüllungsgrad des Landkreises Straubing-Bogen nach der Asyldurchführungsverordnung bei 62 %. In den Verhandlungen im Vorfeld wurde der Gemeinde durch die Regierung von Niederbayern zugesichert, dass die maximale Anzahl bei 75 Bewohnern bleibt und dass innerhalb der nächsten 15 Jahre keine weitere Unterkunft im Gemeindegebiet entstehen wird. Die Petentin wendet sich gegen den Bau dieser weiteren Unterbringung in unmittelbarer Nähe eines Wohngebiets, da nach Ansicht der Petentin negative Auswirkungen wie Platzmangel, erhöhte Verkehrsbelastung, Konflikte, Lärmbelästigung und eine erschwerte Integration befürchtet werden. Sie kritisiert, dass der Mindestabstand zu Wohngebäuden gesetzlich nur drei Meter betragen muss und dass durch die dauerhafte Zweckbindung der Fläche dann Flächen für Gemeinschafts- und Spielflächen fehlten. Das führe, so die Einschätzung der Petentin, dazu, dass sich die Bewohner dann auf der Straße aufhalten werden.

In der Berichterstattung und Mitberichterstattung im Ausschuss wurde darauf hingewiesen, dass Petitionen im Bayerischen Landtag geprüft werden, wenn sie das Handeln bayerischer Behörden zum Gegenstand haben. Der Ausschuss hat folglich zu bewerten, ob es hier zu einem Fehlverhalten der Behörden gekommen ist. Dies ist nach Auffassung von Bericht- und Mitberichterstatter ausdrücklich nicht der Fall. Die Empfehlung von Berichtstatter und Mitberichterstatter war folglich, die Petition für erledigt

zu erklären, also nach § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag zu verfahren. Dieser Empfehlung ist der Ausschuss dann gegen die Stimmen der AfD gefolgt. Die Begründung der AfD für die Ablehnung war, dass die Regierung von Niederbayern die Einwände der Petentin nicht sachlich widerlegt habe, sondern nur äußerst allgemein, und die Ausführungen weltfremd seien.

In der weiteren Debatte im Ausschuss wurde deutlich, dass es zwei Dinge zu unterscheiden gilt: Einerseits Aufgabe und Handlungsspielraum des Ausschusses und andererseits die inhaltliche politische Bewertung des Anliegens.

Zur politischen Bewertung wurde im Ausschuss erwähnt, dass es den allermeisten Abgeordneten lieber wäre, wenn es den Bedarf an diesen Unterkünften nicht gäbe, wenn es also deutlich weniger Asylbewerber gäbe. Diese Stellungnahmen stellen die Debatte im Ausschuss dar. Die Petition wurde, wie erwähnt, mehrheitlich für erledigt erklärt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Dr. Harald Schwartz das Wort.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und täglich grüßt das Murmeltier. So könnte man die heutige Debatte untertiteln, da die AfD-Fraktion offensichtlich ihre Aufgabe darin sieht, kurz vor den Wahlen das zu tun, was erwartungsgemäß auch vor den nächsten Wahlen und vor jeder größeren Entscheidung passieren wird, Themen nach oben zu ziehen, die sonst über Monate, ich möchte sogar sagen: über Jahre, im Ausschuss recht einvernehmlich diskutiert und am Ende entschieden werden können.

Es sei dahingestellt, ob es wirklich darum geht, dass man den Petenten Hilfe leisten und die zum Teil berechtigten Anliegen würdigen möchte. Am Ende darf ich aber eines festhalten: Das, was die Petenten verlangen und einwenden, ist nicht ohne. Die Argumente, die sie vortragen, müssen gehört und gewichtet werden, und darauf ist einzu-

gehen. Genau das ist aber auch passiert. Es gibt in der Petition – und jeder von uns kann das nachvollziehen –, Überlegungen vor Ort zu folgenden Fragen: Wie passt das, wenn die Belegung zu groß wird? Was bedeutet das für unser Wohnumfeld? Was bedeutet das für den an- und abfließenden Verkehr? Gibt es dort Sicherheitsbedenken und und und?

Wer sich den Sachverhalt genau anschaut, der kommt schnell zum Schluss, dass diese Fragen nicht nur diskutiert, sondern auch beantwortet wurden, teilweise mit echtem, materiellem Entgegenkommen und teilweise mit weiteren Schritten. Ich darf vielleicht im Einzelnen auf Folgendes aufmerksam machen: Man hat zwischenzeitlich Zusagen gemacht, dass – ich sage das bewusst in Anführungszeichen: – "nur" 75 Personen dort untergebracht werden. Man hat zugesagt, dass die Unterbringung zeitlich limitiert wird. Man hat sich, was die verkehrliche Belastung betrifft, angestrengt. Man musste aber feststellen, dass die Damen und Herren, die da untergebracht sind, im Wesentlichen keine Kfz haben. Es handelt sich um berechtigte Überlegungen der Petenten, auf die man aber auch reagiert hat.

Man hat sogar vor Ort ein Alternativgrundstück geprüft; das finde ich besonders bemerkenswert. Die Gemeinde hat vor Ort ein Alternativgrundstück angeboten, und die Regierung ist darauf eingegangen. Man hat das Grundstück geprüft, und so, wie ich es verstanden habe, war man durchaus geneigt, es anzunehmen. Es gab aber dann dermaßen große Einwände und Probleme mit dem Alternativgrundstück, dass sogar heute noch ein Strafverfahren deswegen läuft. Es gibt zwischenzeitlich nach Änderungen und Anpassungen auch das Einverständnis der Gemeinde, rein baurechtlich. Es gibt zwischenzeitlich auch eine Baugenehmigung. Ich appelliere ganz bewusst einmal an die ganz rechte Seite im Parlament: Wir können nicht so tun, als ob wir auf jede Flüchtlingseinrichtung jetzt und ad hoc verzichten könnten. Wir sind die Ersten, die dabei mitwirken wollen, dass wir die Herausforderungen in den Griff bekommen. Wir sind aber gleichzeitig auch diejenigen, die Humanität und Ordnung befürworten. Wir

wollen, dass wir ordentliche Zustände bekommen, und wir brauchen diese Unterbringung.

Vielleicht eines noch: Die Unterbringungsquoten in Niederbayern – das richtet sich nicht gegen die niederbayerischen Freunde – sind durchaus unterdurchschnittlich, insbesondere im hier betroffenen Landkreis. Wir sind dort noch deutlich unter 70 %. Wenn man nun in diesem Landkreis eine Unterbringungsmöglichkeit schafft, eine zeitliche Befristung und eine Beschränkung der Personenanzahl verbrieft, dann ist es eine Lösung, die wir so akzeptieren müssen. Ein Fehler der Verwaltung, der Exekutive ist jedenfalls nicht festzustellen.

Ich möchte eines trotzdem noch loswerden: Ich habe in den letzten zwei Sitzungen von ganz rechts die verschiedensten Argumente gehört. Da ging es um eine Asbestbelastung in einer Flüchtlingsunterkunft, die gegen eine Unterkunft spreche. Da ging es um Statik, da ging es um Brandschutz, da ging es um Quecksilber.

(Markus Walbrunn (AfD): Nichts davon habe ich vorgetragen!)

Man hat sich Sorgen um die Gesundheit und die Qualität der Unterbringung gemacht. Sie suchen immer wieder neue Gründe, um die Lösung eines Problems zu torpedieren. Jeder hier weiß aber, warum Sie auf diese Weise vorgehen. Wir müssen tatsächliche Probleme vor Ort lösen,

(Christoph Maier (AfD): An der Grenze!)

wir stellen uns der Herausforderung, und wir lösen sie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Halemba für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Daniel Halemba (AfD): Herr Präsident, Werte Kollegen! Die großen Fragen der Zeit gehen auch an unserer schönen bayerischen Heimat nicht vorüber, und uns erreicht heute ein Hilferuf aus dem beschaulichen Leiblking in Niederbayern. Migration und Remigration sind zur Schicksalsfrage für das deutsche Volk geworden.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

An besagtem Ort befindet sich bereits eine Flüchtlingsunterkunft für 50 Personen. Diese soll nun um die Hälfte ihrer Kapazität erweitert werden. Dabei zählt Leiblking keine 4.500 Einwohner. Kein Wunder, dass die verzweifelten Bewohner eine Petition an uns gerichtet haben, die von über 1.000 Personen unterstützt wird, also ungefähr einem Viertel der Einwohner. Die Petenten befürchten Überlastung der Infrastruktur und eine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit.

Und bitte, liebe Genossen von der SPD und liebe GRÜN:innen, bagatellisieren Sie jetzt nicht die ernststen Sorgen dieser Menschen, und stellen Sie diese jetzt nicht einfach in das rechte Eck. Nein, diese Menschen leben schon mit 50 Flüchtlingen, und sie wissen, wovon sie sprechen, wenn sie diese Petition einreichen.

Die zweite große Sorge der Petenten aus Leiblking gilt ihrer Sicherheit: Man muss nur regelmäßig die Zeitung lesen, um zu wissen, dass solche Unterkünfte häufig Schauplatz von Gewalt und Konflikten werden. In der Wahrnehmung der Bürger von Leiblking liegt das an kulturellen Unterschieden und der oft anders gearteten Mentalität der Flüchtlinge. Oder wie soll ich jemanden umschreiben, der einen Messermord für den Ausdruck gesunden Selbstbewusstseins hält und eine Gruppenvergewaltigung für den Ausdruck voll entwickelter Männlichkeit?

Ich weiß, einige hier im Saal werden diese Erfahrungen der Bewohner von Leiblking vielleicht auch als Rassismus brandmarken. Gut, dann will ich Ihnen, Werte Kollegen, eine andere Erklärung bieten. Ich zitiere: 30 % der Asylanten sind psychisch krank. – Auch eine rechtsradikale Äußerung? Oder nicht? – Keineswegs. Der, der das gesagt

hat, ist Sozialdemokrat, nämlich niemand Geringerer als unser Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach.

Im Übrigen ist der Stellungnahme der Staatsregierung zu dieser Petition indirekt zu entnehmen, wie recht die Bürger von Leiblfing mit ihren Sorgen und Ängsten haben, räumt sie doch selbst ein, dass in etlichen Unterkünften dieser Art aufgrund des polizeilichen Lagebildes ein Sicherheitsdienst eingesetzt wird. Warum verspricht sie, wenn alles so friedlich ist, dann den Einsatz eines speziell ausgebildeten Gewaltschutzkoordinators der Regierung von Niederbayern für den Bereich der Anschlussunterbringung?

(Beifall bei der AfD)

Die Staatsregierung gleitet endgültig in Zynismus ab, wenn sie folgenden weisen Ratsschlag zum Besten gibt – ich zitiere abermals –: Bei erkannten Straftaten oder in Situationen, in denen Bürgerinnen und Bürger Angst haben, selbst Opfer einer Straftat zu werden,

(Zuruf von der SPD)

steht der polizeiliche Notruf jederzeit zur Verfügung. – Ja, auch den Bürgern in Aschaffenburg stand der polizeiliche Notruf zur Verfügung.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sogar in Magdeburg und Solingen war die Polizei direkt vor Ort.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege!

Daniel Halemba (AfD): Und hat es die Bürger dort gerettet? – Nein.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Sprechen Sie zur Sache!

Daniel Halembea (AfD): Ich bitte Sie daher, werte Kollegen: Flüchten Sie sich nicht in billiges Pathos und kaltschnäuzigen Zynismus,

(Zuruf: Das sagt der Richtige!)

indem Sie die besorgten Bürger von Leiblfing unterschiedslos in die rechte Ecke stellen, um deren Ängste und Sorgen zu marginalisieren!

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie nicht zu, dass diese Petition erneut als erledigt verbeschieden wird.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Sie sind am Ende der Rede?

Daniel Halembea (AfD): Genau, danke.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl vor.

(Daniel Halembea (AfD): Ach ja!)

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Halembea, können Sie mir erklären, wie sich Ihrer Meinung nach – so hat sich nämlich die Rede angehört – die Herkunft eines Menschen auswirkt auf dessen Neigung, straffällig zu werden?

Daniel Halembea (AfD): Herr Schuberl, wenn Sie mir nicht zuhören, dann kann ich Ihnen auch nicht helfen. Ich gebe Ihnen den Tipp: Hören Sie sich meine Rede noch mal online an. Dann finden Sie auch die Antwort.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Beantworten Sie meine Frage! –
Zuruf von der SPD: Billig, billig!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner: Herr Kollege Tobias Beck für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Abgeordneter aus dem Stimmenkreis Straubing-Bogen betrifft mich das Thema "Unterkunft in Leiblfling" natürlich auch. Ich finde es sehr verwunderlich, dass der Herr Halemba anscheinend die Gegebenheiten vor Ort so genau kennt. Ich habe ihn weder auf der öffentlichen Veranstaltung gesehen, auf der die Pläne vorgestellt worden sind, noch danach, als die Verhandlungsergebnisse vom Bürgermeister präsentiert worden sind. Es waren lediglich der Kollege Josef Zellmeier und ich anwesend. Auch ein Fraktionskollege von Ihnen hatte nicht unweit von Leiblfling mal ein Unternehmen und müsste noch gut vernetzt sein.

Ich frage mich, was das jetzt hier im Plenum soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir wissen alle, dass die Kommunen es teilweise nicht einfach haben mit der Unterbringung. Jetzt hier die Bühne zu bereiten, um das Ganze noch mal aufzukochen, nachdem endlich wieder ein bisschen Frieden vor Ort eingekkehrt ist, finde ich sehr fragwürdig. Wir haben einen sehr guten Kompromiss gefunden, es ist schon angeklungen: Der Bürgermeister hat mit der Regierung von Niederbayern verhandelt. Es war sehr einvernehmlich. Auch der Gemeinderat hat dann mehrheitlich zugestimmt.

Das sind die Lösungen, die wir vor Ort brauchen. Wir haben in Niederbayern eine wahnsinnige Unterdeckung. Wir haben im Landkreis aktuell nicht mal 60 % der Quote erfüllt. Wir sind ein ländlicher Raum. Die kreisfreie Stadt Straubing zählt auch nicht dazu. Dann müssen wir zusehen, dass wir uns auch beteiligen. Ich halte nichts davon, dass wir uns alle wegducken und uns nach dem Sankt-Florians-Prinzip verhalten und das einfach den anderen aufbürden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLER und der CSU)

Das ist die Stärke der Kommunalpolitik vor Ort, dass Sachen miteinander gemacht werden. Es duckt sich keiner weg. Die Aufgaben, die von staatlicher Seite kommen, werden angenommen.

Die Eingabe jetzt ins Plenum hochzuziehen, ist nach meiner Ansicht einfach nur "Methode AfD": Einfach Fundamentalopposition machen, alles Realistische, Pragmatische und Machbare blockieren und nachher den anderen die Schuld geben. Es ist schon angekommen: An einem Alternativstandort wäre eine machbare Lösung angeboten worden. Aber diese ist dann auch auf Druck aus der Bevölkerung hin nicht mehr zustande gekommen.

Das schockiert mich als Kommunalpolitiker und als Landespolitiker. Wir brauchen verantwortungsvolle Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht Politik, die Empörungswellen vor sich hertreibt. Wir müssen schauen, dass wir die Probleme miteinander lösen, weil das allein nicht funktionieren wird. Eine einzelne Kommune wird sich da nicht helfen können. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Dafür steht unsere Fraktion, dafür stehen wir. Da möchte ich auch weiterarbeiten; denn nur so kann das Wohl ganz Bayerns weiter vorankommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Kollegen Martin Huber, AfD-Fraktion, vor.

Martin Huber (AfD): Lieber Kollege Beck, ich bin selber Kommunalpolitiker. Das ist klar, dass euch das unangenehm wird, wenn das auf die Tagesordnung kommt. Ich sage das ganz offen: Das ist logisch, dass es euch nicht passt. Aber die Leute haben die Schnauze voll.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Nein, die Leute haben noch nicht die Schnauze voll!)

Die Kommunen sind überfordert. Ich komme öfter da runter, weil Sie gemeint haben, da komme ich nicht runter. Ich komme öfter runter und höre, was in den Wirtshäusern geredet wird. Es ist logisch. Das ist der Unterschied zwischen AfD und eurer Partei: Ihr wollt das unter den Tisch kehren und sagt, wir haben die Quote nicht erreicht. Aber die Kommunen sind total überfordert. Das wissen doch Sie genauso. Also: Wir wollen öffentlich darüber reden, damit die Leute sehen, wie da die Abgeordneten abstimmen. Das ist doch eine Demokratie. Ihr müsst auch dazu stehen, wenn ihr sagt, wir haben die Quote nicht erfüllt. Das Wasser steht den Kommunen bis zum Hals. Ich finde, die Bürger haben recht. Vielleicht sollten wir mal umdenken und sagen: Halt einmal, so geht es nicht.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wie war die Frage?)

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Ich war auf der Veranstaltung. Am Anfang war es sehr angespannt mit den Leuten vor Ort. Ich habe es miterlebt. Ich kann Ihnen nicht recht geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Am Anfang war es sehr angespannt, ja – bis dann erklärt worden ist, was Sache ist, was verhandelt worden ist. Die Unterkunft ist von 48 Plätzen auf 24 Plätze reduziert worden. Das gehört doch auch zur Wahrheit. Natürlich ist es nicht immer einfach. Aber die Bürgermeister, die Kommunen, die Landräte und die Landkreise arbeiten, wo es nur geht, um Möglichkeiten zu schaffen.

Da finde ich es nicht ganz richtig, das hier in diesem Kreis zu diskutieren; denn wir ducken uns da definitiv nicht weg. Wir stellen uns diesen Themen und sind auch vor Ort. Ich glaube, das ist unsere Stärke. Daran wollen wir auch festhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Gülseren Demirel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erstens. Ich war schon etwas überrascht, Herr Halemba, was für eine Dreistigkeit Sie gerade an den Tag gelegt haben, über die fehlende Sicherheit in diesem Bundesland zu reden, über Straftäter – Sie selbst sind den Ermittlungsbehörden nicht unbekannt. Das hat eine Dreistigkeit, bei der ich gedacht habe: Da spricht der Richtige und warnt uns vor Straftätern, obwohl Sie da selber nicht unbekannt sind.

(Zuruf von der AfD: Was ist bei den Ermittlungen rausgekommen? – Weitere Zurufe von der AfD)

Zweitens. Das ist jetzt die dritte Petition über eine Unterkunft, die Sie hier im Plenum diskutiert haben wollen. Die erste war in Rott am Inn. Da war ich als Ausschussvorsitzende mit den zuständigen Kolleg:innen vor Ort. Die Menschen, die die Petition im Ausschuss eingereicht haben, haben gesagt, sie wollen mit Ihnen nichts zu tun haben. Sie wollen mit der AfD nichts zu tun haben!

(Markus Striedl (AfD): Das sagen die über Sie aber auch! – Heiterkeit bei der AfD)

Sie wollen mit ihren Fragen ernst genommen werden, und sie wollen, dass man mit ihnen kommuniziert, was auch ausreichend geschehen ist durch den Ausschuss, den Landrat und die Kommunalpolitik. Das ist hier sehr wesentlich, dass wir miteinander im Gespräch bleiben und transparent bleiben und gegebenenfalls einen Kompromiss finden. Dort wurde auch ein Kompromiss gefunden. Die Menschen haben mir mehrmals gesagt, dass sie sich wirklich bemühen, dass das für Sie nicht zum Thema wird, weil Sie nämlich überhaupt kein Interesse haben an Verhandeln, an einem Kompromiss. Sie wollen eskalieren, weil Sie das Gefühl und die Vermutung haben, da könnte für Sie politisch etwas rausspringen.

Das war bei der zweiten Petition hier im Plenum, in der es um eine Unterkunft in München ging, genau dasselbe. Die Menschen und die Kommunalpolitik waren im Gespräch, und die Bewohner:innen wurden informiert, aber Sie haben die Petition wieder hochgezogen. Die meisten in der Bevölkerung dort wollten nichts mit Ihnen zu tun haben.

Heute nun dieser konkrete Fall. Ich werde zu der Petition nichts sagen, weil meine Vorredner:innen das ausführlich ausgeführt haben. Ich glaube aber, ich muss kurz etwas zum Petitionsausschuss sagen. Das eine ist, dass der Petitionsausschuss nicht den Auftrag hat, als Gericht zu fungieren und die Aussagen gegenüberzustellen, um die Wahrheit festzulegen, sondern unser Job ist es, darauf zu achten, ob die Exekutive die gesetzlichen Grundlagen umgesetzt hat, bei der Umsetzung Fehler passiert sind oder die Regeln befolgt worden sind. Daher hat dieser Ausschuss auch eine wichtige Transparenzfunktion.

Es wundert mich, Herr Halemba, dass Sie zwar Mitglied in diesem Ausschuss sind, aber es die einzige Wortmeldung zu dieser Petition von Ihrer Seite war, dass die Staatsregierung und die Regierung von Niederbayern die Fragen der Petentin nicht zufriedenstellend beantwortet hätten. Sie haben nichts Konkretes gesagt. Das war Ihre einzige Wortmeldung. Erstaunlicherweise sind die zwei AfD-Mitglieder im Petitionsausschuss immer sehr leise, brav, freundlich und höflich. Hier im Plenum treten sie dann wie verwandelt auf. Dies zeigt noch einmal, dass bei Ihnen nicht die Interessen dieses Landes sowie der Bürgerinnen und Bürger an vorderster Stelle stehen, sondern dass es Ihnen darum geht, wie Sie noch mehr Angst schüren und Sorgen bekräftigen können; denn vielleicht springt dadurch noch einmal ein Prozentpunkt mehr heraus.

Die drei Beispiele habe ich bewusst erwähnt. In allen drei Gesprächen habe ich von den meisten Bürgerinnen und Bürgern gehört: Lassen Sie uns zusammen darauf hinwirken, die AfD herauszuhalten.

(Lachen bei der AfD)

Sie haben bereits damit begonnen, sich zu entzaubern. Ich hoffe, dass diese Entzauberung noch weitergeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich Herrn Abgeordneten Daniel Halemba, AfD-Fraktion, das Wort. Bitte schön.

Daniel Halemba (AfD): Frau Demirel von den GRÜNEN, Sie haben sich soeben ereignet, hier von Strafverfahren zu erzählen, die gegen mich liefen und in Teilen ohne Auflagen eingestellt wurden. Aber ist es nicht korrekt, dass gegen Ihre Fraktionsvorsitzende Frau Katharina Schulze auch ein Strafverfahren lief, das damit endete, dass sie eine Geldstrafe in Höhe von 500 Euro zahlen musste? Ist das korrekt, Frau Demirel?

(Beifall bei der AfD)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Halemba, reizen Sie das Thema nicht aus. Ich bin Mitglied im Verfassungsausschuss, und dort wird die Immunität aufgehoben. Das, was sich hier lesen ließ, lässt erschauern!

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Fehlner für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende Petition vom 1. September 2024 richtet sich gegen die geplante Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft in der Gemeinde Leiblking in Niederbayern. Dazu ist festzustellen, dass die Regierung von Niederbayern in Leiblking bereits 2020 erstmalig ein Gebäude mit Grundstück als Übergangwohnheim für Spätaussiedler, jüdische

Emigranten und Flüchtlinge mit Bleibeperspektive angemietet hat. Das Wohnheim bietet Platz für bis zu 50 Personen. Ziel der Petition ist es – das wurde auch von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern ausgeführt –, die Erweiterung der bestehenden Unterkunft um weitere 25 Plätze auf dem Nachbargrundstück zu verhindern. Die Petentin erhebt unter anderem Bedenken gegen den geplanten Standort und macht außerdem Sicherheitsmängel und eine hohe Verkehrsbelastung für die Anwohner geltend. Dies sind Einwände, die natürlich auch wir ernst nehmen und entsprechend auf ihre Stichhaltigkeit prüfen müssen.

Das haben wir auch getan. Im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden wurde die Petition am 4. Dezember 2024 ausführlich beraten. Es wurde mehrheitlich beschlossen, sie aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Unsere Aufgabe im Ausschuss ist es allein, wie auch in diesem Fall individuell zu prüfen und objektiv zu bewerten, ob möglicherweise sachliche Verfahrensfehler vorliegen oder ob es fachliche Gründe gibt, die gegen das Vorhaben sprechen. Aus unserer Sicht wurde in den Stellungnahmen der Staatsregierung und der Regierung von Niederbayern alles plausibel und überzeugend dargelegt, weshalb wir der Petentin nicht recht geben konnten und ihre Bedenken zurückweisen mussten.

Einige wesentliche Punkte bzw. Einwände möchte ich nochmals kurz aufgreifen: Das Argument, das erhöhte Verkehrsaufkommen könnte zu Problemen führen, ist schon deshalb hinfällig, weil die dort untergebrachten Personen nicht in großer Zahl über ein eigenes Auto verfügen. Zum Thema Sicherheit ist zu sagen, dass nach dem Unterbringungskonzept ein Heimleiter und ein Hausmeister in Vollzeit eingestellt werden und vorgesehen ist, das 24-zu-7-Betreuungsmodell zu etablieren. Dieses Modell sieht vor, dass an jeder Gemeinschaftsunterkunft während der Nacht- und Morgenstunden ein stationärer Sicherheitsdienst mit jeweils zwei Personen vor Ort präsent ist.

Der vorgesehene Mietvertrag läuft bis 2030. Der Gemeinde Leiblfing wurde zugesichert, dass in den nächsten 15 Jahren keine weiteren Flüchtlingsunterkünfte im Gemeindegebiet errichtet werden und die Unterbringungskapazität maximal 75 Personen

bleibe. Der Einwand der Petentin, dass die Gemeinschaftsunterkunft nach Ablauf des Mietvertrages nicht mehr umgenutzt werden könnte, ist so nicht richtig. Selbstverständlich kann der Vermieter nach 2030 über eine andere Nutzung frei entscheiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, die Suche nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten ist nicht einfach. Vielerorts gibt es akute Kapazitätsprobleme. Allerdings weist der Landkreis Straubing eine deutliche Untererfüllung bei der Aufnahme von Geflüchteten auf. Die Quote liegt dort nur bei 65 %. Laut Polizeipräsidium wird die Sicherheitslage in Leiblking als sehr stabil eingestuft. Fakt ist auch, wie die aktuellen Zahlen zeigen, dass die Asylgesuche 2024 um 34 % unter denen des Vorjahres lagen. Unabhängig davon müssen wir an diesem Thema intensiv weiterarbeiten –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Martina Fehlner (SPD): – und gemeinsam Lösungen finden, die für alle akzeptabel sind. Deshalb lautet unser Votum, die Petition gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag für erledigt zu erklären.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Daniel Halemba für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Daniel Halemba (AfD): Herr Präsident, werte Kollegen! Ich hatte ja schon damit gerechnet, dass Sie in dieser Debatte von der eigentlichen Problemstellung ablenken wollen. Sie haben hier viel davon gesprochen, dass Sie den Bürgern vor Ort helfen wollen, unter anderem Herr Dr. Schwartz von der CSU. Aber wie helfen Sie den Bürgern wirklich? – Sie helfen den Bürgern, wenn Sie den Zustrom an illegalen Immigranten endlich einmal auf Bundesebene begrenzen; denn dann braucht es keine neuen Unterkünfte mehr.

(Beifall bei der AfD)

Außerdem behaupteten Sie, ich hätte mich im Ausschuss nicht ausführlich genug geäußert und meine Wortmeldungen wären an der Sache vorbeigegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie erwähnen nicht, dass sich die Petentin bei mir ausdrücklich für meine Wortmeldung bedankt und gemeint hat, ich wäre der Einzige gewesen, der den Sachverhalt richtig dargestellt hätte.

(Zuruf von der AfD: Jawohl! – Beifall bei der AfD)

An den Herrn Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, der soeben gesprochen hat und meinte, er würde die Gegebenheiten vor Ort sehr gut kennen und es wäre zu einem Kompromiss gekommen: Leiblring hat 4.500 Einwohner. Über 1.000 dieser Einwohner unterstützen diese Petition. Wäre es zu einem tragfähigen Kompromiss gekommen, gäbe es diese Petition nicht mehr. Dann wäre diese zurückgezogen worden, sehr geehrte Damen und Herren. In den Augen der Bürger von Leiblring ist, wie gesagt, das Maß und auch das Boot schon voll. Wenn wir den Menschen in Leiblring und ganz Deutschland helfen wollen, ist eines alternativlos: millionenfache Remigration.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie die Bürger von Leiblring nicht im Stich, und erklären Sie diese Petition heute nicht leichtfertig für erledigt.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Dr. Harald Schwartz. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!
Jetzt muss ich mich erst fassen.

(Andreas Winhart (AfD): So schlimm gleich!)

Jetzt kenne ich Sie schon seit ein paar Monaten im Ausschuss. Aber dass Sie es wagen, hier an diesem Pult mit dieser Verve von millionenfacher Migration –

(Zurufe von der AfD: Remigration!)

– Remigration zu sprechen, und das jetzt auch noch so schön schreien! Sie offenbaren damit, was Sie wirklich umtreibt und wo Sie wirklich stehen. Sie lassen gerade die Maske fallen, und es fällt mir umso leichter. Unfassbar!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich lasse mir ja was eingehen, Brandmauerdiskussionen hin oder her. Ich bin der Erste – das wissen Sie aus dem Ausschuss –, der auch Ihnen zuhört, wenn Sie sprechen. Man muss immer im Hinterkopf behalten, es könnte sein, dass Sie mal etwas Richtiges sagen. Aber heute haben Sie bewiesen, dass ich damit bei Ihnen nicht mehr rechnen muss.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Ich sage Ihnen eines: Das eine ist es, dass Sie Petenten ein X für ein U vormachen. Aber das andere und bemerkenswert ist, in welcher Klarheit Sie Ihr wahres Gesicht zeigen. Sie haben gerade formuliert, man müsse hier entscheiden, weil endlich – wörtlich, glaube ich, das Protokoll wird es dann weisen – der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland begrenzt werden muss.

(Beifall bei der AfD)

Den Petenten hier vorzumachen, dass durch die Entscheidung über eine Unterkunft in Leiblfing der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland begrenzt werden könnte, das nennt man "ein X für ein U vormachen".

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist eine Täuschung, die einzig einem Zweck dient: parteipolitisch Kapital daraus zu schlagen, dass man hier vor Ort Leute mit echten Anliegen hat.

Wir lösen Probleme. Die Menschen zu täuschen und auf Irrwege zu führen, ist Ihre Angelegenheit. Heute haben Sie die Maske fallen lassen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie gerade am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Daniel Halemba von der AfD-Fraktion das Wort.

Daniel Halemba (AfD): Eigentlich bräuchte ich diese Zwischenbemerkung fast gar nicht anzubringen, weil Sie sich selbst hier schon bloßgestellt haben.

(Zurufe: Bravo! – Zurufe: Dann lass es doch! – Anhaltender Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Unruhe)

Ich will es dennoch tun. Sie gaukeln hier vor, Sie würden den Bürgern helfen wollen. Aber wie helfen Sie den Bürgern denn wirklich? – Wenn Sie den Zustrom der illegalen Migranten begrenzen würden – –

(Anhaltende Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Halemba, Sie waren gerade nicht zu verstehen. Sie bekommen mehr Zeit. Bitte.

Daniel Halemba (AfD): Danke schön. – Wenn Sie den Bürgern wirklich helfen wollen – da müssen Sie mir jetzt mal zuhören, dann können Sie vielleicht was lernen –,

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

müssen Sie den Zustrom der illegalen Migranten in diesen Massen beenden; denn dann braucht es die Unterkunft in Leiblring und in vielen anderen Gemeinden in Bayern nicht mehr. Ganz einfach.

Ihr freudscher Versprecher, als Sie vorhin von millionenfacher Migration sprachen, hat eigentlich Sie selbst und Ihre Agenda bloßgestellt und offengelegt. Wir wollen die millionenfache Remigration.

Jetzt frage ich Sie: Welchen Teil dieser Gruppe möchten Sie denn nicht ausweisen? Möchten Sie die mehreren Hunderttausend ausländischen Straftäter im Land behalten? Möchten Sie die über 500.000 Personen ohne Aufenthaltsgestattung oder Aufenthaltstitel im Land behalten? Möchten Sie die über 240.000 ausreisepflichtigen Ausländer im Land behalten? Möchten Sie auch noch die über 1,1 Millionen ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die größtenteils hier Bürgergeld beziehen, dauerhaft in unserem Land behalten?

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Schwartz.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Als hätte es noch eines Beweises bedurft! Es geht Ihnen nicht um Leiblring.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Nach dem Bayerischen Petitionsgesetz und der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag ist der Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 unserer Geschäfts-

ordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären und der Petentin die Stellungnahme der Staatsregierung zu übersenden.

Wer dieser Entscheidung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLERN und CSU. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist der Entscheidung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden entsprochen worden.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, gebe ich bekannt, dass zu Tagesordnungspunkt 13, dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betreffend "Schaustellerinnen und Schausteller entlasten", Drucksache 19/3661, namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Des Weiteren gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 170 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war 1 Stimme. Auf den Abgeordneten Markus Walbrunn entfielen 27 Ja-Stimmen und 141 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich 1 Abgeordneter. Damit hat der Herr Abgeordnete Markus Walbrunn nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Weiter gebe ich nun das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 5, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 169 Abgeordnete teilgenommen. Keine Stimme war ungültig. Auf den Abgeordneten Florian Köhler entfielen 24 Ja-Stimmen und 142 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Florian Köhler nicht

die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Weiterhin gebe ich nun noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Richterwahl, Tagesordnungspunkt 7, bekannt. Gewählt ist auch hier, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 164 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 2 Stimmen. Auf Frau Kornelia Kornprobst entfielen 129 Stimmen. Mit Nein haben 8 Abgeordnete gestimmt. 25 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Frau Kornelia Kornprobst zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs wiedergewählt hat. Tagesordnungspunkt 7 ist damit ebenfalls erledigt.